

richterstattung russischer Propagandamedien wie der deutschsprachigen Ausgabe von *Russia Today* oder *Sputnik News* geradezu „feindselig“.<sup>13</sup> Wo ist die Grenze zwischen überspitzter Berichterstattung und Desinformation?

Dass Staaten versuchen, durch Desinformation, Propaganda, Fake-News und alternative Fakten (altmodisch auch Lügen genannt) die öffentliche Meinung in ihrem Sinn zu beeinflussen, ist nichts Neues. Das Internet, soziale Medien und Plattformen wie Wikileaks haben die Zahl der Informationsanbieter jedoch dramatisch steigen lassen. Klassische journalistische Ethik und Wahrhaftigkeit sind dabei vielfach auf der Strecke geblieben. Eine Richtigstellung und Bewertung durch klassische Medien und Experten oder gar staatliche Stellen ist schwierig. Die Lebenserfahrung zeigt uns, dass doch immer irgendetwas hängen bleibt. Letztendlich müssen jede Bürgerin und jeder Bürger für sich entscheiden, was sie glauben und was sie nicht glauben wollen. Insofern sollten wir in Europa nicht fällig für alternative Fakten sein als in den USA, da das Bildungsniveau in Europa höher ist als in den USA.

erschieden in der *FifF-Kommunikation*,  
herausgegeben von *FifF e. V.* - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)

## Ergänzung nach der französischen Präsidentenwahl

Am Freitagabend vor der Stichwahl in Frankreich wurden die *Macron-Leaks* veröffentlicht: eine große Menge von Dokumenten, die sowohl in Teilen gefälscht, verändert und auch echt waren. Die Veröffentlichung wird APT 28 zugeschrieben, auch wenn es dafür keine Beweise gibt.<sup>14</sup>

Ergänzte Fassung aus *MaxPlanckForschung 1/2017*. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Dagmar Boedicker

## Wider den lähmenden Pessimismus

*Wie kommt es, dass viele Europäer:innen das Europaparlament und die Kommission verwünschen und meinen, sie wären glücklicher für sich allein in ihrem mehr oder weniger kleinen Land? In weniger als einer Generation haben sich die Europäische Union und Deutschland so stark verändert, dass sie kaum wiederzuerkennen sind. Die in den 80ern noch optimistische Perspektive auf eine in Zukunft pfleglich behandelte Umwelt, wachsenden Wohlstand und mehr Gerechtigkeit hier und in der Welt ist Wut oder Resignation gewichen. Was ist passiert?*

Von zwei Blöcken mit gegensätzlichen Ideologien und relativ überschaubaren Einflussphären ist 1989 einer zerfallen, der andere fühlt sich als Sieger, wenn auch mit neuen Herausforderern. Die EU hat ihren Platz in der Mitte verloren, sie kann sich nicht mehr das Beste aus zwei Welten herauspicken, sondern muss Partei ergreifen und ein aktuelles Problem nach dem anderen bewältigen. Starke Konzepte scheint sie dafür nicht zu haben, jeder Mitgliedstaat versucht, den eigenen Nutzen auf Kosten der anderen zu maximieren.

Osteuropäische Länder, die nach der Umklammerung durch die UdSSR der EU und NATO beitraten, holen eine nationalistische Phase nach, die sie zwischen dem Großen Krieg und dem Fall des Eisernen Vorhangs übersprungen haben.

Ökonomisch beherrscht das Modell des bisherigen Siegers fast den gesamten globalen Norden nach dem Motto *There Is No*

## Anmerkungen

- 1 <https://people.csail.mit.edu/rivest/pubs/Riv16z.slides.pdf>
- 2 <https://freedom-to-tinker.com/2015/04/15/decertifying-the-worst-voting-machine-in-the-us/8>
- 3 [https://www.schneier.com/blog/archives/2015/04/an\\_incredibly\\_j.html](https://www.schneier.com/blog/archives/2015/04/an_incredibly_j.html)
- 4 <http://heise.de/-290710>
- 5 <http://nymag.com/daily/intelligencer/2016/11/activists-urge-hillary-clinton-to-challenge-election-results.html>
- 6 <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundeswahlleiter-will-bundestagswahl-vor-hackerangriffen-schuetzen-14651555.html>
- 7 <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/aus-sorge-vor-hackerangriffen-verzichten-niederlande-auf-wahlcomputer-14824128.html>
- 8 [https://www.dni.gov/files/documents/ICA\\_2017\\_01.pdf](https://www.dni.gov/files/documents/ICA_2017_01.pdf)
- 9 <http://blog.trendmicro.com/trendlabs-security-intelligence/pawn-democratic-union/>
- 10 <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundesregierung-ist-alarmiert-hackerangriff-auf-deutsche-parteien-1.3170347>
- 11 <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundesregierung-ist-alarmiert-hackerangriff-auf-deutsche-parteien-1.3170347>
- 12 <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/bundestagswahl-2017-bsi-chef-arne-schoenbohm-warnt-parteien-vor-hackerangriffen-a-1136542.html>
- 13 <http://www.tagesschau.de/inland/deutsche-geheimdienste-russland-101.html>
- 14 <https://www.heise.de/tp/features/Macron-Leaks-Die-Geschichte-zum-massiven-Hack-3711374.html>



ginge als die Förderung nationaler Oligopole und des *Shareholder Value*. Weniger Ressourcenverbrauch, Bildung und Entwicklungsmöglichkeiten für alle, gerechte Produktionsverhältnisse, kürzere Arbeitszeiten beispielsweise. Aber wann hätte Technik nicht in den Diensten der Mächtigen gestanden?

## Liberalismus heute

Einst versprach der Liberalismus Fortschritt für alle und meinte damit nicht nur den technischen Fortschritt, sondern auch den sozialen. Eine aufgeklärte Mittelschicht schien dazu bestimmt, durch ihre Repräsentanten Bildung, Wohlstand und Demokratie zu verbürgen. Es ist ihr nicht gelungen. Nicht für sich selbst und schon gar nicht für diejenigen, die hofften, selbst oder in der nächsten Generation Teil dieser Mittelschicht zu werden. Rechte Parteien wissen sehr gut, wie sie das Ressentiment über dieses gebrochene Versprechen schüren und die Gesellschaft durch Hetze noch weiter spalten. Linke Parteien sind selbst uneins und würden auch mit einem schlüssigen linken Konzept der Solidarität kaum ausreichende Mehrheiten gewinnen. Zu viele Wählerinnen fürchten um ihren Besitzstand.

Die, die nichts zu sagen haben, glauben nicht mehr an die Segnungen ungezügelter Märkte. Sie haben nicht vergessen, dass 2008 Bildung und Soziales, Daseinsvorsorge und ökologische Erneuerung geschröpft wurden für die 1.700 Mrd. Euro zur *Rettung* von Banken allein in der Eurozone. Jean Ziegler rechnete aus<sup>1</sup>, dass sich mit jährlich einem Prozent dieser Milliarden in fünf Jahren die Millenniums-Entwicklungsziele für die Welt hätten erreichen lassen (sie wurden verfehlt). Die, die nichts zu sagen haben, haben begriffen, dass die Vermögen zur Hälfte bei einem Prozent der globalen Bevölkerung angekommen sind, während sich 99 Prozent die andere Hälfte teilen müssen. Wer hätte vor 30 Jahren gedacht, dass heute in einem reichen Land wie Deutschland viele nicht mehr von ihrer Arbeit leben können – ganz zu schweigen von den ärmeren Ländern, in denen eine verlorene Jugend wenig Hoffnung auf die Zukunft hat. Ein allgemeiner Überdruß an der *politischen Klasse* macht sich in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern breit. Warum noch wählen, wenn man doch keine Wahl hat, weil *das Establishment* unter sich bleibt und weil nie dazugehört wird, wer jetzt nicht dazugehört? Die, die nichts zu sagen haben, glauben nicht mehr, dass sie jemals etwas zu sagen haben werden.

Eine Generation neoliberaler Ellbogengesellschaft hat dazu geführt, dass soziale Verantwortung, Anstand und rücksichtsvoller Umgang miteinander als altmodisch betrachtet oder als Gutmenschentum verspottet werden. Achtsamkeit und mitmenschliche Sorge kennen wir fast nur noch aus der (Wahl-) Familie. Das Vertrauen ist erschüttert in Entscheider und Institutionen, Gerechtigkeit, sozialen Fortschritt, das Rechtssystem, die ökonomische Vernunft.

Nicht nur transnationale Konzerne und wir Individualisten in den Industriestaaten haben sich die Informations- und Telekommunikationstechnik erschlossen. Auch die Bevölkerung der Entwicklungsländer nutzt sie, für Bildungszwecke, die Vernetzung entlegener Regionen, einfacheren Geldverkehr. Hoffentlich macht sie besseren Gebrauch davon als wir! Denn bei uns scheint *das Netz* weit mehr der Profitmaximierung und Überwachung, der

Zerstreuung, Ablenkung vom wirklich Wichtigen, Propaganda und dem Pseudo-Sozialen zu dienen. Plattformen, euphemistisch soziale Netzwerke genannt, begünstigen die Selbstentblöbung und das ruppige Dampf-Ablassen, ohne Höflichkeit und ohne Ansehen der Privatsphäre. Monopolisten sammeln, verarbeiten und verkaufen unsere personenbezogenen Daten und verstoßen damit ungeniert gegen rechtliche Vorgaben – wir lassen es uns gefallen. Geheimdienste und organisierte Kriminalität entziehen sich jeder Kontrolle.

Angesichts dieser Kritik ist es höchste Zeit für ein gemeinsames öffentliches Nachdenken darüber, was wir erreichen wollen. Wenn wir auf der Stufe des allgemeinen Unbehagens und der Nörgelei stehen bleiben, werden die Falschen entscheiden, wie unsere Zukunft aussieht.

Ein Buch von Ulrike Guérot<sup>2</sup> fasst zusammen, was viele Menschen in Europa bewegt: *Warum Europa eine Republik werden muss!* Sie resümiert Missstände, spinnt den Faden aber weiter zu einer Utopie für die Europäische Union, vielleicht erreichbar in einer weiteren Generation.

## Markoliberalismus ist kein Naturgesetz

Wirtschaft soll Güter produzieren und verteilen, sozialen und ökologischen Fortschritt unterstützen, sie soll die Menschen nicht unterwerfen, sondern ihnen dienen. Sie darf nicht jährlich mehr Planet verbrauchen als nachwachsen könnte, von seiner Vergiftung und Verschmutzung ganz zu schweigen. Guérot nennt als Ziele: das Gemeinwohl zu fördern, die soziale Kontrolle der Wirtschaft und den Schutz des ländlichen Raums.

Marktliberale Demagogen diffamieren gern die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Bild der „tragedy of the commons“ dominiert Lehrveranstaltungen, obwohl Elinor Ostrom<sup>3</sup> zeigte, dass die Allmende funktioniert, wenn die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Diesen Rahmen setzt die Politik, abhängig vom Willen ihrer Wähler. Die Politik ist zuständig für eine Kontrolle des allgemeinen Marktgeschehens, beispielsweise über das Kartellrecht, Regelungen gegen Steuerflucht oder unlauteren Wettbewerb. Das durchzusetzen fällt schwer, wenn transnationale Konzerne mit Standort-Nachteilen oder dem Verlust von Arbeitsplätzen drohen. Es muss aber nicht so sein, wenn eine europäische statt 27 nationaler Wirtschaftspolitiken neue Regeln für unseren größten Binnenmarkt der Welt festlegt und durchsetzt und dabei selbstverständlich als wichtigste Ziele vergleichbare Lebensverhältnisse sowie ökologische und soziale Nachhaltigkeit verfolgt.

## Geiz ist nicht geil!

Klimaschutz muss global sein, die Produktion muss es nicht. Zwingt uns jemand, mit Textilproduzenten in Bangladesch, Hardware-Herstellern in China oder Weizen- und Soja-Bauern in den USA zu konkurrieren? Günstige Kleidung lässt sich auch in den Mitgliedstaaten fertigen und schafft Wohlstand dort, wo die Lebensverhältnisse karger sind als in den reichen Ländern. Regionale Lebensmittel erhalten unsere Biosphäre und schaffen Arbeitsplätze im ländlichen Raum, selbst geeignete Sojabohnen

gibt es inzwischen in der EU. Möbel sollten ohnehin nicht beim Sperrmüll, sondern in sozialen Werkstätten landen und in Stand gesetzt werden. Dann sind sie für alle erschwinglich. Genossenschaften als demokratisch verfasste Unternehmen sind ein Ausweg aus dem Irrsinn des *Shareholder Value*.

Niemand braucht jedes Jahr ein neues Smartphone. Wenn das alte nicht mehr tut, kann es ein faires neues sein, das aus recyceltem Elektroschrott unter menschenwürdigen Bedingungen gebaut wird, mit Software aus der EU, entwickelt und regelmäßig aktualisiert nach europäischen Rechts- und Sicherheitsstandards, das bedeutet Datenschutz schon im Design und mit sicheren Standardeinstellungen. Ohne chinesische Hintertüren, mit quelloffener, zertifizierter Software und mit vernünftiger Produkthaftung. Cloud-Server können wir in der EU mit Strom aus erneuerbarer Energie und datenschutz-konform betreiben. Europäisches Knowhow wird wohl eine oder mehrere Suchmaschinen und Kommunikations-Plattformen entwickeln können und so dafür sorgen, dass der *Rohstoff Information* in Europa bleibt.

EU-Politik muss dafür sorgen, dass unsere Kommunikation sicher und unsere informationelle Selbstbestimmung gewahrt wird, auch wenn sie die Voraussetzungen dafür selbst schaffen muss. Wir brauchen eine ressourcen-sparende EU, die ohne fossile Energie auskommt, die Erde weder hier noch anderswo verschmutzt und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen bietet.

Es wäre ein Friedensbeitrag, denn: Wer keine doppelte Moral übt, selbst nicht ausbeutet und sich nicht von ausbeuterischen Regimen abhängig macht, kann auch in der Außenpolitik integer handeln.

### Keine Zeit?

Die, die nichts zu sagen haben, haben Leistung zu erbringen. Die Rolltreppe fährt nach unten, wir laufen rauf, um unseren Platz zu behalten, so ein anschauliches Bild von Oliver Nachtwey. Ökonomisierung und technischer Wandel beschleunigen unser Leben in der Arbeit und im Privaten, unser Tag ist in Zeitscheibchen zerlegt. Das Gemeinsame, *das Politische* im besten Sinn bleiben auf der Strecke. Wann können wir darüber nachdenken? Wie dem Tag noch (Bedenk-) Zeit für zivilgesellschaftliches Engagement abzwacken?

Die Technik scheint es uns auch zu ersparen, uns mit rücksichtslosen Eliten auseinanderzusetzen und Verpflichtungen gegenüber unseren Mitmenschen einzugehen. In seinem Buch *Soziophobie*<sup>4</sup> stellt César Rendueles diese Diagnose und konfrontiert sie mit einer Utopie von Technikoptimisten: Im Internet sollen individuelle Freiheit und Unabhängigkeit von den Mitmenschen

auf soziale Wärme und partnerschaftliche Zusammenarbeit treffen. Pseudo-Freunde fürs Unverbindliche und *Ad-hocracy* als Ersatz für gelebte Demokratie, beides lässt sich auf der Couch leben, aktiv sind Gehirn und Finger. Das mag weniger anstrengend sein als das Einkaufen und Kochen für Freunde oder Familie, auch weniger zeitraubend als Vereinsarbeit oder aktives politisches Engagement. Ersetzen kann es sie sicher nicht.

Kooperation ist kein Anreiz-Kostensystem, sondern eher ein Ökosystem. Darin beeinflussen und reiben wir uns aneinander, die entstehende Wärme verbindet oder trennt uns, je nachdem. Auch wenn die Annäherung nicht immer gelingt, schafft doch der Prozess gemeinsame Erfahrung, kommunikative Kompetenz, einen Schimmer von der Weltsicht der/des jeweils Anderen. Gelingt sie, lernen wir aus dem Anderssein unserer Nachbarn in Deutschland und Europa. Vielfalt bereichert uns alle. Im Idealfall schaffen wir es, wie Wolfgang Streeck schreibt, „uns in die Zufriedenheit einer neuen Bedarfswirtschaft zurückzuziehen und das auf Wachstum versessene Kapital sich selbst zu überlassen.“<sup>5</sup>

### Das gemeinsame Haus und seine Werte

Wir werden am institutionellen Gebäude der EU arbeiten müssen. Es ist schief, teilweise korrupt und dysfunktional und hat Modernisierungsbedarf, aber es hat solide Substanz. Menschenrechte sind seine Basis, Rechtsstaat und Demokratie das Erdgeschoss. Gorbatschow hat es beschworen, renovieren müssen wir es schon selbst.

In ihrer Grundrechte-Charta hat sich die EU auf bindende Grundwerte geeinigt: Menschenwürde, Frieden, Freiheit, Solidarität, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit. Sie hat uns Positives gebracht wie die Freizügigkeit, die Datenschutz-Grundverordnung, Bildungsprogramme wie Erasmus, Leonardo, Comenius, Grundtvig. Gesetzgebung wie die Habitat-Richtlinie, Vorgaben zum Gewässer-, Luft- und allgemein zum Umweltschutz sind gelegentlich, anders als in der deutschen Wahrnehmung, ehrgeiziger als nachher ihre nationale Umsetzung ausfällt. Es gab EuGH-Urteile und Vorabentscheidungen zur Vorratsdatenspeicherung, dem Recht, vergessen zu werden, zu Sorgfaltspflichten für Unternehmen, zu Facebook und Safe Harbor. Sie fielen bürgerrechts-freundlicher aus als manche nationale Betrachtung.

In einer EU der Zukunft dürfen nationale Regierungen unangenehme Aufgaben nicht mehr der Kommission aufhalsen und sich dann über das beschweren, was sie im Rat selbst beschlossen haben. Deutschland wird seine Hegemonie deutlich abbauen und sein herablassendes Auftreten gegenüber anderen, vor allem südlichen Ländern, ablegen müssen. Wenn Mitgliedstaaten die Grundwerte verraten, müssen sie sanktioniert werden können. Falls die Aussetzung des Stimmrechts im Rat gemäß Art. 7 AEUV misslingt oder nicht genügt, müssen neue Instrumente her.

**Dagmar Boedicker**

Dagmar Boedicker ist Journalistin, technische Redakteurin und langjährige Redakteurin der FIF-Kommunikation.

Europäische Werte müssen die Staaten auch im Umgang mit anderen leben – die Welt erfährt zweierlei Maß als unglaublich. Eine eigene Außenpolitik im Nahen Osten und Nordafrika, die US-Obsessionen nicht hinterher *trumpelt*, muss Strukturpolitik sein, Agrar-, Handels- und Rohstoffpolitik. Sie muss Flüchtlings-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zusammen denken.

Die EU muss investieren in die Sozialpolitik Frankreichs, den Aufbau der griechischen Wirtschaft, Arbeitsplätze in Süd- und Südosteuropa, eine gemeinsame Flüchtlingspolitik und die Unterstützung der Ankunftsländer. Geld dafür ist da, so billig wie nie. Sie muss den Einfluss großer Konzerne zurückdrängen und Bürgerinitiativen in ihrem Bemühen um eine menschliche und ökologische Wirtschaft stärken, damit Unternehmen in allen Ländern endlich angemessene Steuern zahlen, damit Kartelle kontrolliert und Rechtsverstöße sanktioniert werden. Die Konzerne werden sich überlegen, ob sie auf einen Markt mit fast 450 Millionen Einwohnern in 27 Ländern verzichten wollen. Wer eine einheitliche Besteuerung hintertreibt, wie derzeit Malta, gehört an den Pranger.

### Menschen können lernen, Institutionen auch

Europa hat eine gemeinsame Geschichte, voller Feindschaft, Krieg, Hass und Rachegefühle. In den letzten 70 Jahren bemühen sich die Staaten in der EU, diesen Teil ihrer Vergangenheit zur Seite zu schieben und ihre gemeinsamen Interessen mehr oder weniger gemeinsam zu verfolgen. Jetzt scheinen sie überfordert von dieser Aufgabe. Für eine gemeinsame friedliche Zukunft muss mehr passieren. Wir Europäer werden uns intensiver mit unseren Nachbarn beschäftigen müssen, ihrer Geschichte, ihren Sprachen, ihrer Vorstellung von uns und den anderen. Wir werden mit ihnen sprechen müssen über unsere Geschichte und unsere Vorstellung von ihnen, und gemeinsam verstehen, was in dieser Geschichte warum geschah und wie wir verhindern, dass sich etwas Ähnliches, vielleicht noch Furchtbareres wiederholt. Herfried Münkler schreibt über Nutzen und Nachteil von Partnerschaft, Mitgliedschaft und Freundschaft:

*„Eine institutionell gesicherte Partnerschaft kann Perioden der Identitätssuche, wie sie in den Entwicklungskrisen bei Individuen wie politischen Kollektiven periodisch auftreten, aushalten und absichern; wo solche verlässlichen Institutionen der Partnerschaft aber fehlen, schlagen Identitätskrisen schnell in Feindschaft um [...]“<sup>6</sup>*

Die EU ist kein Imperium, anders als China, die USA oder Russland. Diesen drei genannten ist gemeinsam, dass sie ihre Interessen unverhüllt verfolgen, wenigstens zwei wollen keine starke EU. Das Freihandels-Dogma propagieren sie zwar, betreiben aber eher – besonders in letzter Zeit – einen modernen Merkantilismus, ein wirtschaftliches Nullsummen-Spiel.

In der EU stehen nationale Egoisten bisher dem gemeinsamen Leben, Wirtschaften und Entscheiden entgegen. Guérot zeigt, dass Europa damit den Ausverkauf seiner Unternehmen zulässt und die Chance vergibt, vereint eine kritische Größe zu erreichen: „Gut 50 % der europäischen Firmen und Unternehmen wanderten 2015 in nicht-europäische Hände.“



Thesenplakat zur Ausstellung „Hello, Robot“ im Museum für angewandte Kunst (MAK), Wien

Wir können die Handlungshoheit zurückgewinnen, wenn wir uns der rasanten Beschleunigung durch den technischen Wandel mit besonnenen, solidarischen Zielen widersetzen. Technik soll sozialen Fortschritt fördern und unterstützen, sie soll ihn sich nicht unterwerfen. Noch einmal Ulrike Guérot:

*„Algorithmen und Computernetzwerke können Menschen kontrollieren, destruktive Bedürfnisse wecken, Wachstum hochpeitschen, Drohnen lenken, jedes Jahr neue Generationen virtueller Welten und Spaßmaschinen entwerfen und vertreiben, Menschen zum passiven Gleitmittel einer amoklaufenden Wirtschaft degradieren. Aber Algorithmen und Computer können auch von harter, routinierter, geistloser Arbeit befreien, sie können die Umstellung von Energiezentralen auf dezentrale vernetzte Einrichtungen regeln, sie können öffentliche Verkehrsmittel attraktiv machen, die Systeme der Steuererhebung gerechter, transparenter und effizienter machen, das Wissen der wirklichen Welt allen zugänglich machen.“*

Transparenz wird vielfach nur vorgetäuscht, es geht dabei nicht um Tausende von Seiten, die wir uns unter irgendeiner URL herunterladen können. Wichtige Themen müssen aufbereitet werden, etwa so, wie OpenDataCity das mit den Änderungsanträgen der EU-Parlamentarier zur Datenschutz-Grundverordnung gemacht hat. *Big Data* brauchen eine professionelle Visualisierung, offene Software lässt sich nicht ausschließlich ehrenamtlich entwickeln und Saatgut unter Open-Source-Lizenz muss den Landwirten einen Lebensunterhalt ermöglichen. Wer in der Wissenschaft unter Open Access veröffentlicht, darf keine Nachteile gegenüber denen haben, die ihre Urheberrechte an die wenigen Journale der großen Verlage geben. Wie kann die Qualität offenen Wissens geprüft und diese Prüfung finanziert werden? Wo bisher große Konzerne über Wissen entscheiden, eignen sie es sich an, und das tun sie zur Maximierung ihres Profits. Wie Evgeny Morozov zu Alphabet & Co schreibt:

„Der aktuelle Ansatz – große Technikunternehmen so viele Daten aufnehmen zu lassen, wie sie können, und dann das Kartellrecht darauf anzuwenden, wie sie ihre Websites gestalten – ist zahnlos.“<sup>7</sup>

Zivilgesellschaftliche Organisationen können es besser, das zeigen das GNU-Projekt oder LobbyControl und viele andere. Wenn Regierungshandeln und Wirtschaftsinteressen transparent gemacht werden, lohnt es sich für die Menschen politisch mitzuwirken. Das ist lästig für die Entscheider und anstrengend für die Partizipierenden, beide kostet es Zeit und Mühe. Wir werden deshalb wachsam bleiben müssen: Die Versuchung ist groß, Bürgerbeteiligung bloß formal einzurichten und durch angebliche Sachzwänge klammheimlich zu hintertreiben. Populisten mit ihren scheinbar einfachen Lösungen geht aber nur nicht so leicht auf den Leim, wer sich selbst als wirkmächtig erlebt.

Ziel der EU muss es sein, ihre Grundwerte zu verwirklichen, sie lebbar zu machen! Das kann kein Land allein erreichen. Wir zusammen müssen dafür sorgen, dass Europa Wissen und Werte exportiert statt Waffen und Elektroschrott, dass es aufhört, Rohstoffe und Menschen auszubeuten und ihnen dafür seine überschüssigen Nahrungsmittel hinzuschieben. In seinen Beziehungen nach innen muss Europa solidarisch und gerecht werden, in denen nach außen ebenfalls. Dazu gehört, die unheilvollen Folgen seiner kolonialen Vergangenheit zu beheben, auch Deutschland darf sich davor nicht drücken.

Wenn die EU auch die nächsten 70 Jahre bestehen will, muss sie die Menschen, vor allem die jungen, begeistern. Kulturprojekte wie CinEd zum Kennenlernen des europäischen Autorenkinos oder ein geschenktes Interrail-Ticket für alle zum achtzehnten Geburtstag<sup>8</sup> sind ein guter Start, mehr Stipendien, nicht nur für Studierende, müssen folgen. Die Kooperation von Städten und Regionen über Nationalstaatsgrenzen schafft Wissens- und Erfahrungsaustausch. Wir können viel voneinander lernen und Vielfalt ermöglicht kreative Problemlösungen.

## Referenzen

- 1 Jean Ziegler: *Das tägliche Massaker des Hungers*. 2008. Rede in Wien
- 2 Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2015
- 3 Elinor Ostrom: *Was mehr wird, wenn wir teilen*. 2011. oekom verlag, München
- 4 César Rendueles: *Soziophobie - Politischer Wandel im Zeitalter der digitalen Utopie*. 7.9.2015. edition suhrkamp 2690
- 5 Deutschlandfunk, 18.12.2016: *Das Verhältnis von Kapitalismus und Gewalt*
- 6 Herfried Münkler: *Über Nachbarschaft. Der Nutzen und Nachteil von Partnerschaft, Mitgliedschaft und Freundschaft*. Merkur 3/2011. [www.eurozine.com](http://www.eurozine.com) (Abruf 18.1.2014)
- 7 *Süddeutsche Zeitung*, 10.7.2017, S. 13: *Die Datengiganten sind schon viel weiter*
- 8 *Das Europäische Parlament war dafür, allerdings ist nur eine Sparversion übriggeblieben*.

## Einladung zur Mitgliederversammlung 2017

### des Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF e. V.)

Wir laden fristgerecht und satzungsgemäß zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2017 ein.

Sie findet am Sonntag, den 22. November 2017, von 12:30 bis 14:00 Uhr statt.

Adresse: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 3, 07743 Jena

Der betreffende Raum wird rechtzeitig am Eingang angeschlagen sowie auf [www.fiff.de](http://www.fiff.de) veröffentlicht.

### Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festlegung der Protokollführung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung, Geschäftsordnung und Wahlordnung
3. Bericht des Vorstands einschließlich Kassenbericht
4. Bericht der Kassenprüfer
5. Diskussion der Berichte
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahl des Vorstands
8. Neuwahl der Kassenprüfer
9. Diskussion über Ziele und Arbeit des FIfF, aktuelle Themen, Verabschiedung von Stellungnahmen, Berichte aus den Regionalgruppen
10. Anträge an die Mitgliederversammlung  
*Anträge müssen schriftlich bis drei Wochen vor der Mitgliederversammlung bei der FIfF-Geschäftsstelle eingegangen sein*
11. Verschiedenes

gez. Stefan Hügel  
für den Vorstand und die Geschäftsstelle des FIfF